

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Normalform „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreise:
 12 Monate 6 Monate 4 Monate 3 Monate 1 Monat
 Schweiz Fr. 17.70 Fr. 9.— Fr. 5.90 Fr. 3.— Fr. 2.—
 Ausland Fr. 21.— Fr. 11.— Fr. 7.— Fr. 4.— Fr. 2.50
 Die „Freiburger Nachrichten“ allein: pro Jahr 8 Fr. 50.
 (Einschluß des Postzuschlags von 20 Rp. mehr.)
 Abonnements für das Ausland sind am Wohnort
 des Abnehmers aufzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu
 tragen. Postabonnements haben denselben, Österreich, Ungarn,
 Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen zu.

Insertionspreise:
 Für den Raum Freiburg: 20 Cts.
 Erste Spalten 15 „
 Folgende Spalten 10 „
 Für die Schweiz 25 „
 Für den Ausland 30 „
 Resten 60 „
 Die Stelle
 oder
 deren Name

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Perollesstraße 33, Freiburg (Schweiz). Telefon 4.06. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenexpedition A.-G. Telefon 1.35

werden unsere
Kassen
 13. November
 bleiben
Volksbank

Zum Jahrestag des Umsturzes in Oesterreich.

Man schreibt uns:
 Heute begeht man in Wien den ersten Gedenktag der Revolution. So wie in Prag und anderswärts werden ihn die Deutsch-Oesterreicher nicht feiern können und dürfen, das Volk ist zu allem eher denn zu Festen aufgeleitet. Durch die grauliche, drückende Not, durch die bestemmten Verhältnisse wird es gezwungen, sein Augenmerk anderen Fragen zuzuwenden. Für die Deutsch-Oesterreicher gibt es seit dem 10. September 1919, dem Tage von Saint Germain kein Feiern, wenngleich der Jahrestag der Revolution in einer der ersten Sitzungen der Nationalversammlung, ebenso wie der erste Mai — zum allgemeinen Staats- und Nationalfeiertage erklärt worden ist.

In der Hoffnung — es komme nicht schlechter, und müsse doch besser werden, warf sich Deutsch-Oesterreichs friedensfeindliches Volk im Spätherbst vorigen Jahres in die Arme der Revolution und fiel in die Klauen der Sozialdemokratie. Von ihren vielen Versprechungen haben die neuen Machthaber nichts erfüllen können. Anfangs glaubte man ihnen, als sie noch die Schulz des Wühlens — der alten Wirklichkeit zuschieben konnten, aber nunmehr ist ein Jahr unter roter Regierungskunst verfloßen — es ist immer ärger gekommen, und auf ihre Schönfärberei hört man nicht mehr. Die bisherige Leistung war ein einziger, großer Verfall. In der Zeit der Machthaber werden kein Land. Man sieht in Österreich immer deutlicher ein, daß das rote System, auch in den in Oesterreich geltenden gemäßigteren Formen, ein gewissenloses Bankrottspiel, ein Experimentieren mit dem Feuer ist, bei dem das Volk das Medium abgeben muß. Feuer, sehr teuer haben besonders die Wiener die Lehren dieser Epoche zu bezahlen, aber sie haben wohl auch daraus gelernt.

Die Kosten- und Brennmaterialnot, die Verkehrsbehinderungen, die Lichtsperrre, die vielen Unfreiheiten und Zwangsmassnahmen, die die Bürger eines jungen Freistaates über sich ergehen lassen müssen — wach bitterer Hohn für das arme, ausgebeutete Volk und nicht minder auf die Kultur unseres humanen zwanzigsten Jahrhunderts.

Am nicht Mißbilligung an diesem Tage über die Erkenntnisse, die nicht nur Öauern, sondern auch Fremden des Sozialismus ausgegangen sind — aufkommen zu lassen, werden die deutsch-oesterreichischen Nationalbühnen (bisher Hoftheater) Vorstellungen geben, die speziell der Arbeiterklasse zugänglich sein werden. So wenig wird auf die Teilnahme der übrigen Bevölkerung am Nationalfeiertage von Sayn aus gerechnet, daß man sie einfach ausschließt. Es wird niemanden sehr nahe gehen, vermuten wir; vielleicht werden die Wiener den arbeitsfreien Tag ausnützen, um im Wiener Walde fleißig Klauen zu gehen, so wie es am 1. Mai geschehen.

Wien wird keine Feijerjammung ähnlich der vor dem Benzeldenkmal sehen, Aufmärschen des diplomatischen Korps werden nicht stattfinden und die für den 12. November geplante Festigung der Nationalversammlung wird, wohl um die Gefahr weiterer Bevölkerungsänderungen zu schonen und wohl auch aus Rücksicht auf das Ausland nicht abgehalten werden.

Daß sie in solcher Weise den Jahrestag der gewonnenen „Freiheit“ begehen werden, haben die Wiener vorigen Winter nicht gedacht, aber es bleibt ihnen noch die Hoffnung auf bessere Tage. Auch Napoleon war einmal in Schönbrunn und hat die Siegesfeier der Schlacht bei Wipern den Wienern verbietet, und dann kam Elba —

Ein vierter Bundesratsseffel vakant?

Die Basler „Nationalzeitung“ brachte gestern die Meldung, daß Herr Bundesrat Calonder wahrscheinlich bald zu einem höheren Amt berufen werde.

Daran knüpft nun das „Berner Tagblatt“ folgende Bemerkungen: „Nur auch Herr Calonder bereits vom Bollerbund mit einem Amt beglückt worden? Wenn ja, dann wäre Herr Calonders leidenschaftliche Werbetätigkeit für den Bollerbund plötzlich in ein häßliches Licht gerückt. Es haben sich nämlich schon andere Herren für den Bollerbund die Finger wund geschrieben, bis sie mit einer Anweisung seitens des Bollerbundes belohnt worden sind. „Dementiermaschine vor!“

Die Dementiermaschine funktionierte prompt! Ein paar Stunden später steht im „Bund“ zu lesen, daß man hier auf den ersten Blick „Erfindung und Unterstellung“ herausfände. Zudem habe Bundesrat Calonder auf eine Anfrage hin erklärt, daß an der Meldung kein wahres Wort sei.

Wenn soll man nun glauben? Anstandslos schon dem Dementi und doch ist damit nicht gesagt, daß die anderen vollständig im Unrecht sind. Für eine hohe Stellung im Bollerbund kann Herr Calonder jetzt noch kaum in Betracht kommen, denn einmal existiert dieser noch nicht so recht und so ganz sicher ist bis heute noch nicht, daß die Schweiz ein Glied des Bundes wird. Falls die Schweiz dem Bollerbunde fernbleiben sollte, würde das Dementi zweifellos Recht behalten, denn dann läme auch ein schweizerischer Bundesrat kaum für eine hohe Stellung im Rate der Völler in Betracht. Ob aber Bundesrat Calonder nach glücklich vollzogenem Antritt es ablehnen würde, von einem weichen Sessel auf einen noch weichenen sich befördern zu lassen, ist doch noch fraglich. Gar mancher seiner Kollegen ist hierin mit gutem Beispiel vorgegangen. Damit soll nun allerdings keineswegs gesagt sein, daß diese Beförderung gleichsam als Dank für geleistete Dienste aufgefaßt werden müßte, resp. daß Herr

Calonder aus egoistischen Motiven für den Bollerbund eintritt.
 Schließlich wäre es auch nicht gerade ein Landesunglück, wenn von den 7 Bundesratsseffeln noch ein 4. frei würde. Auf jeden Fall wäre kaum zu befürchten, daß sich nicht Bewerber genug einstellen würden. Schon rücken ja nicht nur die verschiedenen Parteien, sondern innerhalb dieser Parteien auch die verschiedenen Landesstellen mit Kandidaten auf und die Bundesratsseffeln werden noch heißer begehrter werden als die Sige des Nationalrates. Um allen Ansprüchen zu genügen, dürften nicht nur 4 Sessel neu zu besetzen sein, sondern die sieben könnten noch getrost um 2 vermehrt werden.

Warten wir also vorläufig feierlich ab, ob Herr Calonder einst in das bereits projektierte Bollerbundskollegium in Genf einziehen oder ob er es vorziehen wird, seine Kräfte sein Leben lang in den Dienst der Eidgenossenschaft zu stellen.

Preisbewegung und Nachsteuerungszulagen.

Zur Beurteilung des Gesuches des Föderationsverbandes eidgen. Beamter, Angestellter und Arbeiter um Verabfolgung von Nachsteuerungszulagen, das gestern dem eidgen. Finanzdepartement eingereicht worden ist, muß die Preisbewegung seit Januar 1919 einer näheren Untersuchung unterzogen werden.

Nicht die Bewegung der Preise allein kann entscheidend sein, sondern es kommt auf die Wichtigkeit der Ware an. Preise und Preisbewegung sind dazu in der meisten Landesstellen verschieden. (Wichtigste in Basel bis 1. September 23 Cts. p. St., in Bern, Zürich 36 Cts.; in Bern 3 B. auch höhere Fleischpreise als in Basel.) Je nach der Wichtigkeit des Artikels bewirken diese Preisdifferenzen Unterschiede in den Gesamtausgaben der Familien. Neben den Lebensmitteln, deren Preisermittlung zur Feststellung der Kosten für die Lebenshaltung nicht genügt, sind in den Kreis der Berechnungen einzubeziehen: Kleider und Leibwäsche, Schuhe, Haushaltsgegenstände, Miete, Heiz- und Beleuchtungsmaterial etc.: Lebensmittelausgaben und Miete machen zwar zusammen 60—75 % aller Kosten aus. Orte mit Wohnungsmangel haben naturgemäß eine Steigerung der Miete zu verzeichnen: in Bern und Zürich am meisten, wesentlich weniger stark in Basel. Gerade diese Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nach Landesstellen zeigen, daß Höhe und Zulagen für das eidgen. Personal nicht einheitlich, sondern verschieden, je nach den Preisen der Lebensmittel und der Mieten festgesetzt werden sollten.

Nach einer uns gültig zur Verfügung gestellten genauen Statistik des Eidgen. Ernährungsamtes ergibt sich ein Mehr an Jahresausgaben pro September 1919 gegenüber dem Jahresausgaben vom Dezember 1918 = Fr. 116.— herrührend von der Steigerung der Ausgaben für Fleisch (+ 97) und Milchprodukte (+ 68) = 160; Minderausgaben an Zerealien (—2)

und andern Artikeln (—42) = 44 insgesamt 116 Fr.; es geht ferner hervor, daß der Höhepunkt der Steigerung im Mai 1919 mit Fr. 245 erreicht war. In obige Rechnung sind die gegenüber dem Vorjahre verbilligten Gemüse und frisches Obst nicht eingetragen. Auch Kartoffeln werden billiger bleiben, Dörrobst und Hülsenfrüchte sind sehr billig zu haben, aber es ergibt sich, daß die Aufschläge auf Milch und Fleisch alle Aufschläge auf sonstige Artikel illusorisch machen; im Grunde kommt es beim Preisabban in erster Linie auf Milch, Brot und Fleisch an. Nach den Jahresausgaben zu schließen, würde die Belohnung der Normalfamilie (5 Mitglieder) in Monatsausgaben betragen: Dezember 2172:12 = 181 Fr. Die Monatsausgaben betragen aber im Januar bis September nicht 181 Fr., sondern mehr, nämlich rund 181.—, 188.—, 191.—, 204.—, 194.—, 191.—, 191.—, 187.—, 194.—, dies ergibt zusammen Fr. 1721.— statt 1629.— Fr. Das ergibt ein Plus von ca. Fr. 92.— für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1919. Pro 1919/20 ist auf Brennmaterialien für den Haushalt eine neuemessene Preisermäßigung nicht zu erwarten. Das die Mietzinsen ansteigen, erhöhen leider keine Erhebungen, welche besagen würden, inwiefern die eidgen. Beamten und Angestellten von den Mietzinsaufschlägen betroffen wurden.

Die Preise für Schuhe, Wäsche, Kleider und Güte haben sich verdoppelt und verdreifacht; es ist hingegen schwierig zu berechnen, wie diese Verteuerung sich im Haushalte geltend macht. Für billigere Kleider hat die Volkstuch A.G. gesorgt, in allerdings nur unerschütterlichem Maße sind Seife und Petrol billiger geworden. Es ist weiter zu beachten, daß für einen Teil des Personals, nämlich für solche dessen Einkommen die bekannten Einkommensgrenzen der Notstandsaktion nicht übersteigt, die Verteuerung von Milch, Brot, Brennmaterialien, Kartoffeln und Petrol in fühlbarer Weise vermindert worden ist. Es wäre von Wert zu ermitteln, ein wie großer Teil des Personals von der Hilfe der Notstandsaktion Gebrauch macht. Man wird vielleicht nicht im Unrecht erklären, daß das in offiziellem Dienst stehende Personal auf dergleichen Hilfe nicht angewiesen sein sollte.

Eines drängt sich einem hier wieder auf: Der Mangel an amlich gewonnenem oder wenigstens spritztem Material, das es ermöglicht, tieferen Einblick in diese für uns so wichtig gewordenen Lebensmittelerhältnisse zu tun. Man ist fast immer auf die Indersichten des B. Z. A. angewiesen. Es stellt sich aber auf Grund des vorliegenden Materials klar heraus, daß trotz der bisherigen Steuerungsulagen ein bedeutender Teil der Verbrauchsulagen, die durch die Verteuerung der Lebenshaltung entstanden sind, bei der Normalfamilie ungedeckt bleiben. Hier werden nun die vom Föderationsverband postulierten Nachsteuerungszulagen die Lücke auszufüllen haben.

Zur Geschichte der Universitäten.

Insbesondere ihrer Formen und Einrichtungen.
 Von Prof. Dr. Fr. Leitschuh.
 Die katholischen Universitäten des Mittelalters, diese „Studia universalia“, waren nichts anderes als wissenschaftliche Hierarchien; ihre Wissenschaft, auch die scheinbar profane, erhielt kirchliche Weihe, Würde und Bedeutung. Dieses kirchliche Wesen gab sich kund in ihren Satzungen oder Statuten, von einer Hochschule zur andern oft wörtlich verpflanzt — worin sich am ehesten die Zusammengehörigkeit aller äußert; dann in ihrem Rufe zu Synoden- und Kirchenversammlungen, in ihren Kirchenfesten — dies academicus! — mit denen sie jedes wichtige Ereignis begannen, Marken der Erinnerung setzen und so den eigentlichen wissenschaftlichen Körper der Kirche repräsentierten.

Aus Institutionen des Mittelalters sind die modernen Universitäten hervorgegangen — an allen deutschen Hochschulen tragen die Professoren der einzelnen Fakultäten bei feierlichen Anlässen in pietätvoller Erinnerung daran, daß die Form und Einrichtung der Universitäten eine rein kirchliche war,

heute noch, in Kleidung und Barock die Insignien des geistlichen Standes.
 Der Kreis, aus dem der Rektor gewählt werden konnte, war nicht immer der Kreis der Professoren, solange das Amt des Rektors mehr als ein Ehrenamt denn als eine wirkliche Funktion aufgefaßt wurde. Aus diesem Grunde wurde es nur an Standespersonen verliehen, die Funktion des Rektors, des stellvertretenden Rektors, aber den Professoren zuerkannt.

Als das Mittelalter mit seiner hohen Kulturblüte, die durch die Kirche und für die Kirche gegeben war, abstarb, sank es in der akademischen Jugend, oft freilich wie eine tote Rebe, weiter.

Die Fälle sind selten, aber nicht selten, daß ein vornehmer Student mit der höchsten Universitätswürde beglückt wurde. Solche Wahlen waren selbstverständlich das Ergebnis von „Reformbestrebungen“ auch auf dem alten Boden des Universitätslebens. Nicht etwa, daß die Studenten selbst ihren studentischen Rektor erwählten, hatten — dagegen sprachen die Statuten der Universitäten — aber in einer Art liebenswürdigen Entgegenkommens seitens der Professorenschaft gegen-

über den Kommilitonen fiel die Wahl gelegentlich auf einen vornehmen Studenten. Wie das Weiterleuchten eines Sarcophagus blüht eine solche Wahl in der Geschichte einzelner Hochschulen auf. Allerdings muß ein geringes Maß korporativen Selbstgefühles solchen Ehrensiegeln die Tore geöffnet haben.

Die Geschichte der Universität Heidelberg — Heidelberg schloß sich mit Erfurt, Leipzig und Rostock der Religionsenernung an — weiß von einem merkwürdigen lustigen Rektor aus den Reihen der Studenten, dem Grafen Christoph von Henneberg, 1525, gar Ergübliches zu berichten.

Nach göttlicher Sitte war der junge Student mit seinem Erzieher zur Hochschule gekommen. Der diebere, arme Rektor hatte seine Plage mit dem himmelstürmenden Jüngling und meldete in melancholischem Briefen, wie sein junger Herr zu leichtfertigen Spielen und Gesellschaften geneigt sei, des Studierens mit viel achte, viel Geld vergeube usw. Und der betriübe Vater sandte ernsthafte Ermahnungen, die der gräßliche Stubosus in gewandtem Latein findlich-erschreckend mit der Versicherung get-

wiederte, daß er den Studien fleißig obliege, um sowohl in Sitten als in Wissenschaft des Vaters Frömmigkeit Ehre zu machen, und daß weder Nachlässigkeit noch Schändlichkeit an ihm gefunden werden solle, indem „in Aufsehung seines Fleißes und seiner Lehrer Forderung die berühmte Universität Heidelberg ihn neulich einstimmig zum Universitätsrektor erwählt habe.“

Und der jugendliche Rektor verfuhr die Disharmonie vollends aufzulösen durch einen den väterlichen Stolz scheinenden Hinweis auf sein heißes Bemühen in der getreulichen Erfüllung seiner ebenso hohen als schweren Amtspflichten: „Auch weiter will ich möglichen Fleiß anwenden in Erlernung meines Standes, höflicher Sitte und Kunst. Hoff, ob Gott will, mit ohn Mertlichkeit Ruh und Frucht von Heidelberg abzugeben, dann ich, als ein Rektor, der hohen Schul beistehen muß im Rath, so die Samtheit, das sind Doctores, Licentiaten, Magistri, müssen Ruh und Not halber der Universität ratschlagen, und schier täglich sich Handel begeben, die selbige ich auch helfen verrichten muß.“

(Schluß folgt.)

ung
 tag, den 17. No-
 4 Uhr, bei seiner
 Rechte Recht halten,
 esen, bestehend aus
 attiland, Wohnungen,
 m Brunnen, an eine
 igen. 3038
 voraus beim Eigen-
 Joseph Barry.

nahme.
 so.
 er Auswahl
 Allgen bis zu
 zu den aller-
 Tagespreisen.

25 per Meter
 75 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter
 50 per Meter

46.50 51.50
 58.— 58.—
 59.50 66.50
 83.— 90.—
 83.— 111.—
 102.50 122.—
 21.— 24.50
 10.— 11.25
 21.— 24.50
 98.— 46.—

der Ware
 Prüfung.
 anzugeben.

ern

Poincaré wäscht seine Hände in Anschulb.

Während Deutschlands und Oesterreichs Staatsmänner nicht hart genug auf ihre Brust hämmern können und ihr mea culpa nur so in die Welt hinausrufen, gefallen sich die Mächtigen der Entente lieber in der Pose jenes andern, der gesagt hat: „Herr ich danke dir“... Zu denen, die sich der Ansicht geben, als hätten sie nie ein Wässerlein getrübt, als seien sie absolut unschuldig an jedem Tropfen Blut, das doch in Strömen vergossen wurde, gehört auch Poincaré. Im alten Buckinghampalast in London antwortete er auf den Freundschaftsbesuch von England u. a.:

Ich möchte zuerst an den freundlichen Empfang erinnern, der mir im Juni 1913 hier zu teil wurde. Seither hat die Welt Umwälzungen durchgemacht, die so tiefgreifend sind, daß es sonst Jahrhunderte dazu bedarf. Millionen Menschenleben wurden geopfert in einem Kriege, den England und Frankreich vermeiden wollten. Anlässlich des Besuchs im Jahre 1913 wurde festgestellt, daß die beiden Mächte in sozialem Zusammenarbeiten die bedrohlichen Fragen des Orients, die auf der Welt lasteten, zu lösen sich bestreben. Poincaré sagte dann weiter, daß Großbritannien und Frankreich unermüdet dahin wirkten, daß im Falle die Feindseligkeiten nicht wieder ausbrächen, oder daß sie sich ausdehnten. Der Präsident versprach, daß Frankreich sich bemühen werde, mitzuwirken an der Aufrechterhaltung des harmonischen Zusammenlebens der europäischen Staaten. Heute ist der Beweis erbracht, daß Frankreich sein Wort gehalten hat. An der Seite Englands hat Frankreich dafür gesorgt, daß der letzte Rest des Weltbrandes erlosche, aber die mysteriöse Tat von Sarajewo gab den Leitern der Zentralmächte einen Vorwand, um die nun begreifliche Einigung zu durchkreuzen.

Das Unterhaus

zur Rede von Lloyd George.

London, 11. Nov. ag. (Havas.) Der Abschnitt der Rede Lloyd Georges in Guildhall, der sich auf Rußland bezog, gab am Montag Anlaß zu verschiedenen Anfragen. Man wünschte zu wissen, ob die Regierung beabsichtige, mit Lenin und Trotzky Beziehungen aufzunehmen, oder ob die Politik gegenüber Rußland so wie sie vom Premierminister am letzten Mittwoch gezeichnet wurde, verlassen würde, bevor die Regierung in dieser oder jener Weise vorgehe. Bonar Law erklärte an Stelle des Premierministers: Die Äußerungen Lloyd Georges lassen keineswegs darauf schließen, daß die Regierung zu einer Aktion bereit ist. Der Premierminister hat nur der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß man zu einer Lösung der russischen Frage und zur Wiederherstellung des Friedens in Rußland gelangt, eine Meinung, die das Haus gewiß vollständig teilt. Es wird kein Schritt unternommen werden, ohne daß dem Parlament nicht zuvor Gelegenheit geboten würde, seine Ansicht zu äußern.

Lebe aus Auslandsbespähnen.

Im englischen Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär vom auswärtigen Amt, daß den Fremden, die in England Arbeit suchen möchten, keine Passvisa erteilt werden, und daß sich deshalb die Ausländer gar nicht auf den Weg nach England zu begeben brauchen. — Eine Erklärung des Vollzugsausschusses des amerikanischen Arbeiterbundes besagt, daß der Ausstand der Grubenarbeiter gerechtfertigt sei und verpflichtet diesen den bestmöglichen Bestand.

Laut „Vorwärts“ geht der Metallarbeiterstreik in Berlin dem Ende entgegen. — Infolge der Kohlennot in Deutschland muß sogar mit einer teilweisen Einstellung des Güterverkehrs gedroht werden. — Der preussische Minister des Innern, Heine, hielt in Dessau eine Rede, in der er sich gegen das Kompromiß mit dem Zentrum aussprach und die Steuerpläne Erzbergers ablehnte, die den Tod des Reiches bedeuten. Sollten sich die Januarereignisse in Berlin wiederholen, so würden Bürger und Bauern dorthin ziehen und nicht nur die Revolution, sondern auch die Freiheit im Blute erlösen. Da die Internationale verlagert habe, sei Deutschland von aller Welt verlassen. Es sei ein böses Beginnen, im Dreck herumzuwühlen nach der Schuld Deutschlands. Der sozialistische Minister verzweifelt nicht an Deutschlands Zukunft und ist überzeugt, daß der Revolutionsstag nach 100 Jahren als Jubeltag begangen wird.

Maury und Bensch haben die Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich unterzeichnet. — Nach einer Meldung des Berliner „Volkskämpfers“ hat sich das rumänische Oberkommando bereit erklärt, Budapest zu räumen. — Wie das gleiche Blatt meldet, soll die Lage der Türkei sehr schlimm sein. Ein Staatsstreich zum Sturz des Sultans konnte noch rechtzeitig entdeckt und verhindert werden.

Ausland

Eine Unternehmung mit Giolitti. Mailand, 11. Nov. ag. Die Zeitungen berichten über die Unternehmung, die Giolitti einem Redaktor des „Giornale d'Italia“ in Cuneo gewährte. Auf die Frage des Journalisten soll Giolitti erklärt haben, daß er nicht die Absicht habe, nach den Wahlen am politischen Leben noch aktiv teilzunehmen. Ueber seine Rede in Tronero, in der er ein Programm des Wiederaufbaues darlegte, sagte Giolitti: Ich habe nur die Aufgaben umschrieben, die nach dem Krieg unbedingt erfüllt werden müssen. Ich möchte zu meinen Wählern sprechen, und es war notwendig, daß ich ihnen über das, was ich während der vier Kriegsjahre getan habe, Rechenschaft gab.

Vor neuen Enthüllungen. Berlin, 11. d. ag. (Wolff.) Das angeforderte Buch des früheren Chefs des Generalstabes des deutschen Heeres, General von Falkenhain, „Die oberste Heeresleitung 1914/16 in ihren wichtigsten Entscheidungen“ ist, wie die „Kreuzzeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ mitteilen, reich an neuen Enthüllungen. Die Verschwiegenheit der strategischen Beurteilung kommt deutlich zum Ausdruck und zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch.

Die „Wolffsche Zeitung“ für 3 Tage verboten. Berlin, 11. Nov. ag. (Wolff.) Die „Wolffsche Zeitung“ ist wegen eines Artikels über die Kriegsgefangenenfrage auf drei Tage verboten worden.

Zu ihr wird in einer amtlichen Mitteilung gesagt: Der Chefredaktor der genannten Zeitung, Bernhardt, erklärte in diesem Artikel, Frankreich sei formell berechtigt, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzubehalten. Er sagt dann wörtlich: „So ergibt sich, daß die deutsche Regierung, die gerade in der Kriegsgefangenenfrage ein unerhörtes Maß von Schuld auf ihre eigenen Schultern geladen hat, diese ganz auf Frankreich abwälzen will.“ Diese Behauptung schließt ein solches Maß bewußter Verleumdung in sich, daß die Reichsregierung einstimmig beschlossen hat, diesen an Landesverrat grenzenden Bericht zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und an den Pranger zu stellen. Die „Wolffsche Zeitung“ hat in Hunderttausenden von Familien von Kriegsgefangenen Aufregung getragen und die innere Ordnung schwer gefährdet.

Befreiungsgelder. Berlin, 11. Nov. ag. („Frankf. Nachr.“) Bei der Beschlagnahme von Dokumenten und Schriftstücken des roten Volkstagesrates und anderer Zentralstellen der kommunistischen Partei Deutschlands wurde festgestellt, daß die Moskauer Sowjetregierung seit November 1918 der kommunistischen Partei Deutschlands ständige Zuwendungen machte und daß diese Zuwendungen in einzelnen Beträgen die Summe von 1/2—1 Million M. erreichten.

Die unerfüllten Wünsche der Tschechen. Prag, 11. Nov. ag. (W. A. V.) Die Nationalversammlung behandelte die Ausschüßberichte betreffend die Ratifikation des Friedensvertrages. Der Berichterstatter für den Friedensvertrag, Hinder, führte aus, daß in mancher Hinsicht unsere Wünsche unerfüllt blieben. Um aber der ganzen Welt und unseren Verbündeten darzutun, daß sie uns nicht so behandeln, wie wir es für unsere Leute und unsere Arbeit verdient hätten, müssen wir vor diesen Stellen laut erklären, daß wir nicht mit allem zufrieden sind, was uns die Verbündeten auferlegten. Es wurden uns zwar die historischen Grenzen versprochen, aber von diesem Versprechen ist wenig übrig geblieben. Im Süden der Slowakei wurden uns Grenzen bestimmt, die uns absolut nicht befriedigen können. Ein trautes Papier bietet der Friedensvertrag bezüglich der Teschenfrage und Oberschlesien. Auch hier müssen wir offen sagen, damit es bis nach Paris vernommen werde, daß wir rechtlich auf dem Standpunkt stehen, daß Teschen unser Land ist. Wir fordern für uns auch die auf dem linken Ufer der Oder liegenden Gemeinden und Railbor, was alles tschechisch ist. Wir wollen auch in Zukunft mit unseren Mitbürgern als gleiche leben. Die Tschechen haben deshalb kein Recht zu erklären, daß sie in unserer Staat bedrückt werden. Der Friedensvertrag überläßt uns große Lasten auf. Wir haben unstrittbar das Recht auf Wiedergutmachungen, weil durch den Krieg unser ganzes wirtschaftliches Leben zerstört wurde.

Druckerstreik der Pariser Blätter. Paris, 11. Nov. ag. (Havas.) Die großen Morgenblätter haben mit Rücksicht auf den Streik in den Druckereien beschlossen, ein gemeinsames Blatt unter dem Titel „Presse de Paris“ herauszugeben, dessen erste Ausgabe an der Spitze folgende Note bringt: „Trotz des Arbeitervertrages, durch den die Gewerkschaft der Druckerarbeiten von Paris bis zum 1. Juni 1920 gebunden war, haben sie am Montag Abend den sofortigen Eintritt in den Streik beschlossen. Der Beschluß ist umso bedauerlicher, als er gerade an dem Tage erfolgte, wo die Presse den Jahreskongress des Sieges und den Vorabend der Neuwahlen feiern sollte. Im Gefühle ihrer Zusammengehörigkeit haben die Blätter der Hauptstadt sich verständigt, während der Zeit

des Streikes ein gemeinsames Blatt herauszugeben, das dank der Mithilfe aller gesetzt werden kann.“

Streikpropaganda. Paris, 11. ag. (Havas.) Der „Matin“ teilt mit, daß das Zentralkomitee der Vereinigung der Gewerkschaften auf einen Vorschlag zum Generalstreik als Protest gegen die Intervention in Rußland, der von 27 Gewerkschaftern ausging, mit 61 gegen 41 Stimmen eine Motion angenommen hat, die eine unverzügliche Propaganda zugunsten dieses Streikes im Departement Seine verlangt.

Zudertieferungen. Prag, 8. Nov. ag. (Tsch. P. B.) Dem „Prager Tagblatt“ zufolge besteht die Absicht zum Zwecke der Durchführung des Abschusses von Zudertieferungen an das Ausland sämtliche tschechoslowakische Bankfirmen heranzuziehen.

Schweiz

Sozialdemokratie und Völkerverbund. Bern, 11. Nov. ag. Die sozialdemokratische Gruppe der Bundesversammlung, die unter dem Vorsitz von Graber zusammentrat, beschloß das Begehren auf Verschiebung der Debatte hinsichtlich des Beitrittes zum Völkerverbund zu stellen. Rame wurde beauftragt, in der Bundesversammlung den diesbezüglichen Antrag einzubringen.

Schweizerische Armee und Völkerverbund. Biel, 11. Nov. ag. Oberstleutnant Schlauch hielt im Offiziersverein Biel einen Vortrag über militärische Organisations- und Ausbildungsfragen, wobei er die Notwendigkeit der Beibehaltung der Schweizerischen Armee trotz der Garantien des Völkerverbundes ausführlich darlegte. Der Redner forderte vom Bund eine weitere militärische Ausbildung mit einem Minimum von Kosten entgegen dem Millionenvoranschlag der Militärverwaltung.

Die Schweizerischen Statistiker. Baden, 8. November. ag. In der zweiten Tagung der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft wurde zunächst die Diskussion über die Organisation der Sozialversicherung zu Ende geführt. In einem anschließenden Referat von Dr. Groß, Aarau, über die Kooperation der kantonalen und eidgenössischen statistischen Ämter kritisierte der Referent den Mangel an Zusammenarbeit der eidgenössischen und kantonalen Amtsstellen. Er verlangte, daß bei der Ausarbeitung und Durchführung von eidgenössischen Erhebungen die kantonalen Ämter zur Mitwirkung herangezogen werden. In gleichem Sinne äußerten sich Dr. Freubiger, Bern und Dr. O. Jenni, Vorsteher des statistischen Amtes in Basel. Zum Schluß der Tagung wurde ein Antrag angenommen, dahingehend, es sei der Bundesrat zu eruchen, in Verbindung mit der eidgenössischen Volkszählung im Dezember 1920 eine allgemeine Wohnungskataster durchzuführen. Ferner wurde beschlossen, an die Gemeindebehörden mit dem Ersuchen zu gelangen, es möge in den Gemeinden vor der eidgenössischen Wohnungserhebung im Dezember 1920 eine separate Wohnungskataster aufgenommen werden. Um 1 Uhr Mittag erklärte der Vorsitzende Prof. Dr. Mülliet die Tagung als geschlossen.

Die Seuche im Kanton Solothurn. Solothurn, 11. Nov. ag. Mit Rücksicht auf die große Verschleppungsgefahr der Maul- und Klauenseuche hat der Regierungsrat die Jagd in den Bezirken Bucheggberg und Kriegsfelden verboten. Den Jägern, welche in diesen Bezirken wohnen, wurde die Ausübung der Jagd im ganzen Gebiet des Kantons Solothurn untersagt. Der gefürchtete Jagdmarkt in Solothurn konnte der Seuche wegen nicht abgehalten werden.

Kanton Freiburg

Konservative Volkspartei von Deutsch-Freiburg.

Vorgängig der kantonalen Delegiertenversammlung vereinigen sich am letzten Samstag, den 8. ds., um 2 Uhr nachmittags, die Delegierten der Volkspartei von Deutsch-Freiburg im Saale zu den „Schmieden“ in Freiburg. Zum ersten Mal waren die Delegierten der Ortssektion Gurnels auch dabei; im ganzen waren es gegen 40 Mann. Die Versammlung wurde vom Präsidenten des Initiativkomitees, Hrn. Großrat J. Zurlinden, geleitet und über die momentane Lage der Nationalratswahl aufgeklärt.

Zu der Kandidatenfrage ergriffen die Herren Huber M. in Liebistorf, Dr. Gms in Murten, Großrat Bärtschli, Grundbuchverwalter Vajser, Nationalrat Böschung, Redaktor Panchard und J. Zell (St. Silvester) das Wort. Eine Abstimmung fand (hauptsächlich aus Mangel an Zeit) nicht statt.

Zum Schluß teilte der Präsident mit, daß die für Ende November in Aussicht genommene konstituierende Delegiertenversammlung leider nicht stattfinden könne, wegen der grafikerischen Suche.

Die Delegierten stimmten dem Vorschlag zu,

daß sie auf unbestimmte Zeit verschoben und dann so bald als möglich einberufen werde.

Herr Grundbuchverwalter Vajser gedachte in warmen Worten der notleidenden Vortarlbeger und forderte Deutsch-Freiburg auf, sich des armen Volkes anzunehmen. Dem Vorschlag des H. S. Ned. Panchard stimmte die Versammlung zu, daß die Ortssektionen, die in der letzten Samstag-Nummer der „Freiburger Nachrichten“ angeregte Unterschriftenammlung durchführen sollen. Das nötige Material wird den Ortspräsidenten zugestellt werden.

Eine Jahrbücherfeier.

Genf, 11. Nov. ag. Der gesamte Stadtrat und das Bureau des Großen Rates trafen sich nach Freiburg begeben, um der Feier der Übergabe des Gaskemädes zur Erinnerung an die 400-jährige „Mibürgerchaft“ zwischen Freiburg und Genf beizuwohnen. Auch Bundespräsident Ador wird dazu eingeladen.

Friedrich Albr.

Besten Montag Vormittag begleiteten eine große Schar Männer einen Toten hinaus nach St. Leonhard, der es wohl verdient, daß ihm in den „Freiburger Nachrichten“ ein kurzer Nachruf gewidmet wird.

„Papa Albr“, wie man ihn in den deutschen Vereinen in den letzten Jahren zu nennen pflegte, war ein Mann, der den Ernst des Lebens schon in jungen Jahren kennen gelernt hat. Noch ganz jung verließ er nach einer guten Lehrzeit seine württembergische Heimat, kam als Handelsreisender nach Wien und dann nach der Schweiz, wo er erst im Solothurnischen und dann in Freiburg arbeitete, welche letztere Stadt ihm zur zweiten Heimat wurde. Ueber 40 Jahre verwaltete er hier. Nachdem er sich verheiratet hatte, gründete er ein eigenes Geschäft in der Schmiedgasse, das er Jahrzehnte lang mit gutem Geschick leitete, um dann später in der Gießerei und mechanischen Werkstätte den Posten als Werkführer anzunehmen, und dann bei Auflösung dieses Geschäftes in die freiburgischen Elektrizitätswerke einzutreten. Ueberall war Herr Albr geschätzt, denn er war ein Mechaniker von altem Schrot und Korn, der jeder, auch der schwierigsten Arbeit, gewachsen war. — Auch war Papa Albr ein braver musterhafter Familienvater. Neben seiner Gattin trauerte vier Söhner und ein Sohn, alle in geachteten Lebensstellungen, an seinem Grabe. — Im katholischen Männerverein war er einer der Gründer und über ein Jahrzehnt treuer Bibliothekar. Auch im katholischen Gesellenverein gehörte er jahrelang bis zum Tode dem Schutzbordstande an. Immer war der gute Papa Albr ein offener, freibütziger Mann und im Vereine ein guter Gesellschafter. Auch der Stadt Freiburg hatte er als Feuerwehrmann, wo er es bis zum Feldweibel brachte, an die 30 Jahre gute Dienste geleistet. — Manches Bitteres mußte er wohl auch erfahren, doch er konnte sich wohl immer wieder darüber hinwegtrösten, weil er wußte, daß er immer und überall, wo es galt, seinen Mann gestellt hatte. Nun ruht er aus in höherer Erde und harret der seligen Auferstehung. Wir aber trauern um den schlichten Mann der treuen Arbeit, den stets hilfsbereiten Freund und hoffen auf ein frohes Wiedersehen. J. Z.

Bei Professor Malini.

Vergangenen Sonntag Abend unterhielt Professor Malini, der Mann mit dem feinsten Sinn, ein zahlreiches Publikum mit seinen interessanten Experimenten. Eingangs gab er einige gelungene Taschenspielerstücke zum Besten, um dann im zweiten und dritten Teil erstaunliche Proben seiner eigentlichen Kunst der Telepathie und Suggestion zu geben. Zum Schluß führte Prof. Malini ein gesittetes Experiment, das er in Zürich wetteifernd gelöst, den Besuchern vor Augen, sowie einige Schattenspiele, die allseits ein frohes Lachen auslösten. Wer für solche Darbietungen Interesse hat, der verjäume nicht, bei Gelegenheit Professor Malini zu hören.

Das Gewandhaus-Quartett in Freiburg.

(Eing.) Die Einstellung der Personenzüge wird das berühmte Gewandhaus-Quartett aus Leipzig nicht hindern, seine vorgesehene Konzertreihe in der Schweiz durchzuführen. Sogar das festgesetzte Datum erfährt keine Änderung, da die Künstler entschlossen sind, mittels Juppelin in die Schweiz zu gelangen. Sie werden sich also am bestimmten Termin, Donnerstag, den 20. November, in Freiburg einfinden zu einem Konzert im Kornhaussaal.

Mittelkurse der Genterbörse

vom 11. November 1919.

Mittlung der Wechselkurse u. Werber Schägengasse 15, Freiburg.

Paris	60.15	Wien (alt)	5.60
London	22.91	Wien (neu)	5.05
New-York	5.50	Breg	10.90
New-York	5.48 1/2	Rußland	45.65
Brüssel	54.70	Stockholm	128.65
Italien	45.75	Konstantinopel	124.50
Spanien	169.10	Kopenhagen	116.—
Solland	209.85	Sofia	15.—
Belgien	15.65		

Leubenz: stabil für Mark, schwach für die übrigen Devisen.

Der Oberste Rat

Büch, 11. Nov. aus Mailand gemeldet, daß Paris erfährt, die vierte Rat in der der Volkstag des Friedensvertrages für Anhänger der Regierung behalte zu hinterziehen, daß es dem Kongress einzuweisen, ob die Verträge der Ugrit der dem Bundes gebunden sein sollen.

Der Friedensvertrag

Washington, 11. Senat legte heute die der Kommission für die empfohlenen Friedensvertrages vor. Anhänger der Regierung behalte zu hinterziehen, daß es dem Kongress einzuweisen, ob die Verträge der Ugrit der dem Bundes gebunden sein sollen.

Der Senator Waj ausführt, daß dieser Nationen des Völkerverbundes Vereinigten Staaten greiffen zu Hilfe zu for einigten Staaten diese trachten.

Die Not

Wien, 11. Nov. jowge nicht sich das Zwängen, vom 13. November, während der bis zu zwei Stellen.

Washingtoner

Berlin, 11. Nov. Die Abreise der Washingtoner Arbeitskonferenz, die sich am 13. November, während der bis zu zwei Stellen.

Der Metallarbeiter

Berlin, 11. Nov. Kommission aus das stellt, ist entsprechend den Betrieben der Metallarbeiter erklärt worden. In die Möglichkeit der nähere besteht, kann wieder aufgenommen werden.

Abbruch des Streiks

New York, 11. Nach einer 17tägigen Greifhausausstuf, der schafen von Amerika des Bundesgerichtshofen Wibererr des St

Die Streikmap

Barcelona, 11. Lage bleibt unverändert, die streikenden Arbeiter werden wieder aufgenommen, rnitig beghnt sich über

Neueste Meldungen

Mittwoch, 6 Uhr morgens.

Der Oberste Rat und die Schweiz.

Zürich, 11. Nov. ag. Der „N. Z. B.“ wird aus Mailand gemeldet: Wie der „Secolo“ aus Paris erfährt, nahm der oberste interalliierte Rat in der Sitzung vom Montag von der Volkhaft des schweizerischen Bundesrates Kenntnis, womit dieser die Friedenskonferenz um die Anerkennung der schweizerischen Neutralität in den bereits abgeschlossenen und noch abzuschließenden Verträgen ersucht hat. Das Blatt betrachtet diese Kenntnisnahme der schweizerischen Note als eine Bestätigung der Neutralität der Schweiz.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Washington, 11. Nov. ag. (Sabas.) Der Senat setzte heute die Diskussion über die von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten empfohlenen Vorbehalte zum Art. 10 des Friedensvertrages fort. Die Senatoren, die Anhänger der Regierung sind, hoffen diese Vorbehalte zu hinterziehen. Es wurde vorgeschlagen, daß es dem Kongreß zu überlassen sei, zu entscheiden, ob die Vereinigten Staaten bezüglich der Schutz der Unabhängigkeit und Integrität der dem Bunde angehörenden Nationen gebunden sein sollen.

Der Senator Walsh hielt eine Rede, in der er äußerte, daß dieser Vorbehalt die anderen Nationen des Völkerbundes verpflichten würde, den Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffes zu Hilfe zu kommen, während die Vereinigten Staaten dieser Verpflichtung entgegenwärtigen.

Nach der Diskussion schloß der Senat in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 36 Stimmen die Erhebung dieses Vorbehaltes durch die geänderte Fassung der republikanischen Gruppe ab, die heute selbst gegen ihren Vorschlag stimmte. Der Senat verwarf gleichfalls einen Antrag des Senators Borah, nach dem sich die Vereinigten Staaten weigern sollten, sich durch Art. 10 des Vertrages als gebunden zu betrachten.

Die Not in Wien.

Wien, 11. Nov. ag. Den Blättern zufolge sieht sich das Volksernährungsamt gezwungen, vom 13. November an die bisher gewährten Zulagen an Wahlprodukten für Kinder bis zu zwei Jahren vollständig einzustellen.

Washingtoner Arbeitskonferenz.

Berlin, 11. Nov. ag. (Frankf. Ztg.) Die Abreise der deutschen Delegierten zur Washingtoner Arbeitskonferenz wurde bisher durch Passschwierigkeiten und Mangel an Schiffsplätzen verhindert. Es ist nunmehr gelungen, für die ersten vier Mitglieder der Delegation, den Staatssekretär A. D. August Müller, den Vertreter des auswärtigen Amtes, Geheimrat Lewinski, den Gewerkschaftssekretär Grafmann und den Vertreter der Arbeitgeber, Generalrat Bogel, Schiffsplätze zu beschaffen, so daß ihre Ausreise bald erfolgen dürfte, zumal nunmehr auch die Passschwierigkeiten behoben sind.

Der Metallarbeiterstreik beendet.

Berlin, 11. Nov. ag. (Wolff.) Wie die Iser-Kommission aus dem Metallarbeiterstreik mitteilt, ist entsprechend der Abstimmung in den Betrieben der Metallarbeiterstreik für beendet erklärt worden. In den Betrieben, in denen die Möglichkeit der sofortigen Arbeiteraufnahme besteht, kann die Arbeit Mittwoch früh wieder aufgenommen werden.

Abbruch des Streikes in Amerika.

New York, 11. Nov. ag. (Sabas.) Nach einer 17stündigen Diskussion hat sich der Erzkohlenausfluß der Grubenarbeiter-Gewerkschaften von Amerika entschlossen, dem Erlaß des Bundesgerichtshofes nachzukommen, der den Widerruf des Streikbefehles anhängig.

Die Streiklage in Spanien.

Barcelona, 11. Nov. ag. (Sabas.) Die Lage bleibt unverändert. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sind nicht wieder aufgenommen worden. Die Auspersönung dehnt sich über ganz Katalonien aus.

† Kardinal Hartmann.

Köln, 11. Nov. ag. (Wolff.) Kardinal Hartmann, Erzbischof von Köln, ist in der vergangenen Nacht um 2 Uhr verstorben.

Die Ostseesperre.

Berlin, 11. Nov. ag. (Wolff.) Zu der Bekanntmachung vom 8. November über die Ostseesperre wird amtlich ergänzend gemeldet: 1. Die Ostseesperre besteht noch fort, sobald sich also deutsche Schiffe, die den Bestimmungen zuwider handeln, der Fortnahme durch die alliierten Seestreitkräfte aussetzen. 2. Nur diejenigen Leichter, die bereits vor dem 10. Oktober im Besitz von generellen Fahrtausweisen waren, dürfen ohne ausdrückliche Fahrtausweise der alliierten Seestreitkräfte außerhalb der Drei-Meilenzone zwischen deutschen Häfen verkehren.

Leipziger Messe.

Leipzig, 11. Nov. ag. (Wolff.) Im kommenden Frühjahr findet zum ersten Mal die technische Messe als selbständige Veranstaltung statt. Schon heute ist der Andrang dazu sehr stark, jedoch die voraussichtliche Zahl der Aussteller gegenwärtig auf fast 4000 angegeben werden kann. Darin kommt die Zuversicht in die Wiederbelebung der deutschen Industrie deutlich zum Ausdruck, die durch den ruhigen Verlauf des Jahres der Revolution in ganz Deutschland außerordentlich gestärkt wird. Für die schweizerischen Aussteller sind sowohl auf der allgemeinen Mustermesse als auch auf der technischen Messe besondere Plätze vorbehalten.

Demission des Gesandten Dr. Sulzer.

Bern, 11. Nov. ag. (Mitgeteilt vom Politischen Departement.) Der schweizerische Gesandte in den Vereinigten Staaten von Amerika, Herr Dr. Sulzer von Winterthur, hatte bereits im Sommer dieses Jahres den Bundesrat gebeten, sein Entlassungsgesuch auf spätestens Ende dieses Jahres genehmigen zu wollen. Nachdem Herr Sulzer im Frühjahr 1917 sich bereit erklärt hatte, den Gesandtenposten in Washington auf beschränkte Zeit in provisorischer Mission anzunehmen, hat er während der letzten 2 1/2 Jahre die Leitung der Gesandtschaft ohne Unterbrechung und mit großem Erfolg geführt. Der Bundesrat hat nunmehr seinem Gesuche entsprochen, indem er mit besonderer Anerkennung der hervorragenden Dienste gedachte, welche Dr. Sulzer unserem Lande während seiner Tätigkeit in Amerika geleistet hat. Herr Sulzer wird im Januar in die Schweiz zurückkehren.

Zichko-Slowakische 100 Kronennoten.

Nürnberg und Umlauf. Bern, 10. Nov. ag. Nach einer Mitteilung der schweizerischen Gesandtschaft in Wien werden die zichko-slowakische abgekempften 100-Kronennoten am 13. November 1919 außer Kraft gesetzt werden. Diese Noten können vom 16. Dezember 1919 bis zum 29. Februar 1920 beim Bankamt in Prag umgetauscht werden. Eidg. Finanzdepartement.

Walliser Großer Rat.

Sitten, 11. Nov. ag. Der zur ordentlichen Herbstsession versammelte Große Rat nahm die Demission von Eug. de Savallaz entgegen, der sich endgültig von der Politik zurückzieht. Darauf trat der Rat in die Beratung des Budgets pro 1920 ein.

Verschiedene Meldungen.

Königsberg, 11. Nov. ag. (Wolff.) Gestern Vormittag fuhr auf dem Bahnhof Neumühl-Quartier ein Güterzug auf einen Rangierzug auf. Hierbei wurden vier Personen getötet, eine schwer und 17 leicht verletzt.

Bern, ag. Beim eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement tritt Fürsprecher Studi von seiner Stelle als Generalsekretär zurück. Der bisherige Chef der Sektion für Ausfuhr, Fürsprecher Werthmüller, tritt ins Generalsekretariat über, während die Leitung der Sektion für Ausfuhr Herr Zanner, der wesenem Chef des Ausfuhrdienstes bei der S. S. übertragen wird.

Biel, 11. Nov. ag. Die Uhrenaufuhr nach Frankreich im ersten Semester 1919 ist gegen 1918 um mehr als 345,000 Stück, die Ausfuhr nach Deutschland um 117,000 Stück zurückgegangen.

Belp, 11. Nov. ag. Beim Bededen eines neuen Wagenschuppens mit Ziegeln fürste dieser ein, die Arbeiter unter sich begraben. Der 1866 geb. Fritz Brönnmann wurde schwer verletzt, indem er einen Schädelsbruch erlitt. Der 1871 geb. Niklaus St. wurde ebenfalls schwer verletzt, während einigo weitere mit leichtern Schürfungen davon kamen.

Aus der Bundesversammlung

Bern, 11. November, Nationalrat.

Eintretensdebatten über den Völkerbund.

Nachdem gestern die beiden großen Fraktionen gesprochen haben, wird heute von Buri, Bern (frei.), folgender Vergleichungsantrag begründet: „Der alte Nationalrat, dessen Amtsdauer mit dem 30. November a. c. zu Ende geht, tritt auf die Beratung der Frage des Beitrittes zum Völkerbund nicht mehr ein.“

Graber, Neuenburg (Soj.) unterstützt namens der sozialdemokratischen Fraktion diesen Antrag mit dem Hinweis, daß die Proporzwahlern beschleunigt wurden, weil der alte Rat nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach. Also dürfe ihm auch nicht eine so wichtige Frage zur Entscheidung vorgelegt werden. Bundesrat Calonder beantragt namens des Bundesrates, auf den Verschiebungsantrag nicht einzutreten. Es handelt sich um eine Frage der Zeit und der Dringlichkeit. Es wird kaum möglich sein, die Frage im Dezember zu behandeln, da sie einer neuen Kommission unterbreitet werden muß, da mehrere Mitglieder derselben nicht mehr dem Nationalrat angehören. Der neuen oder erneuten Kommission muß Zeit gelassen werden, sich gründlich vorzubereiten. Außerdem dürften etwa 70 neue Mitglieder in den Rat eintreten, die ebenso Anspruch auf Zeit zur gründlichen Prüfung haben. Das Geschäft müßte also auf die Januarsession verschoben werden. Dort müßte es überführt behandelt werden, wenn die Frist noch im November zu laufen beginnt. Die Haltung des amerikanischen Senats hat auf die Frist keinen Einfluß. Auch im Ausland würde man unsere Haltung nicht verstehen. Im Innern des Landes würde ein Verschiebungsbeschluss verwirrend wirken. Es ist Aufgabe des alten Rates, das Land zu orientieren. Wir können nicht warten, bis alle 5 Grovmächte den Friedensvertrag ratifiziert haben. Das Schwergewicht des Verfahrens liegt in der Volksabstimmung. Es liegen keine formellen Erklärungen vor, daß diese außerhalb der Frist stattfinden könnte. Je rascher das Geschäft parlamentarisch erledigt wird, desto mehr Zeit bleibt für die Abstimmung.

G. Müller (Bern), bezweifelt nicht, daß die Beratung im neuen Rat noch innerhalb der Frist stattfinden kann. Die Haltung des amerikanischen Senats sei keineswegs ohne Einfluß auf das Laufen der Frist, so daß wir noch mehr Zeit zur Verfügung hätten. Wenn die Entscheidung dem alten Rat überlassen wird, so ist das ebensowohl, als ob der Rat überhaupt nicht gesprochen hätte.

Büeler, Schwyz (kathol.-kons.), dankt dem Bundesrat für die Rehabilitierung des gegenwärtigen Rates. Man hat demselben ein Jahr früher das Lebenslicht ausgeblasen, weil er das Volk nicht mehr vertrete. Jetzt aber heißt es: Ihr seid die rechten Männer! Man hat in der Fraktionsführung gesagt, man beile sich, uneingeladen in den Völkerbund einzutreten. Die Amerikaner und Wahlmännchen dieses Rates, zu denen auch ich gehöre (große Heiterkeit) sind kein Bild des Volkes mehr. Nehmer hält dafür, daß es Aufgabe des mit der höchsten Stimmenzahl gewählten neuen Rates sei, diese Frage zu lösen. Es können es geht, desto besser werden sich die Verhältnisse abklären. Es ist höchst wichtig, zu wissen, welche Stellung Amerika einnimmt. Wir wissen heute noch nicht, wann die Frist zu laufen beginnt. Der Ständerat hat die Frage materiell noch gar nicht behandelt. Wie mit Weile!

De Meuron, Waadt (lib.-dem.) empfiehlt die Ablehnung einer neuen Vertagung. Nur jetzt sei eine ruhige, würdige Behandlung möglich, die nicht zum Voraus in ihrer Wirkung abgeschwächt erwidert. Der jetzige Rat sei zur Behandlung der Völkerbundsfrage rechtlich und materiell legitimiert.

Kellwoll, Bern (soz.-pol. Gr.), lehnt es ab, die Verantwortung über den Entscheid im jetzigen Stadium zu übernehmen.

Spath, Schaffhausen (frei.), spricht zugunsten des Antrages des Bundesrates.

Bundespräsident Ador möchte im Namen des Gesamtbundesrates die Aufmerksamkeit des Parlamentes auf die große Bedeutung einer nochmaligen Vertagung hinlenken. Die sachlichen Erklärungen sind alle vorhanden, die Frage ist spandreich. Vom 25. November an läuft die Frist. Hat das Parlament das Recht, die Schweiz zu verhindern, in nächster Frist Gründermittglied des Völkerbundes zu werden? Der Rat ist zweifellos kompetent zum Entscheid. Nach der Verfassung und nach ausdrücklichem Volkswillens vom 10. August hat das alte Parlament bis 1. Dezember zu funktionieren. Die Erneuerung des Nationalrates hat mit der Völkerbundsfrage gar nichts zu tun. Das Parlament möge der Völkerbundsfrage seine Symphonie erweisen, nachdem das souveräne Volk ohnehin das letzte Wort hat.

Michel, Bern (frei.), bekämpft den Verschiebungsantrag, ebenso Calis, Graubünden (frei.), der erklärt, dem Proporz keine Hochachtung entgegenbringen zu können. Damit ist die Diskussion erschöpft.

De Meuron beantragt über den Antrag Buri namentliche Abstimmung. Der Rat stimmt zu.

Mit 105 gegen 49 Stimmen wird der Verschiebungsantrag abgelehnt und nach Antrag des Bundesrates sofort in die Beratung der Eintretensfrage eingetreten.

Die Referenzen, die ihre Referate drucken ließen, verzichteten auf mündliche Berichterstattung.

Scherer-Füllmann, Zi. Gallen (soz.-pol. Gr.) verbreitete sich über den Inhalt des Völkerbundsvertrages, besonders hinsichtlich jener Artikel, die eine kriegsverhindernde oder wenigstens beschränkende Wirkung haben. Der Vertrag enthält keine Bestimmung, daß alle Streitigkeiten dem Entscheide des Völkerbundes unterstellt werden sollen, wenn eine friedliche Beilegung des Streites nicht stattfinden kann. Er verweist auf den Unterschied zwischen der selbstgewählten und der garantierten Neutralität der Schweiz. 1815 haben 7 Staaten diese Garantie ausgesprochen, während jetzt im Vertrag 37 neue Staaten die schweizerische Neutralität anerkennen. Dem V. A. p. c., dessen Friedensbestrebungen Redner begrüßt, könne im Völkerbund keine ausnahmsweise Stellung, sondern nur ein angemessener Einfluß eingeräumt werden. Scherer-Füllmann weist die scharfe parteipolitische Note Guisay Wälders in dessen Referat zurück. Die Neutralen sollen in den Völkerbund eintreten, um ihren Einfluß gegenüber den Mängeln des Bundes geltend zu machen. Man soll auch die gewaltigen Fortschritte anerkennen, die der Vertrag enthält. Zur Entwicklung und zum Ausbau sollen sich alle guten Geister die Hand reichen.

Gelpke, Basel (lib.), ist prinzipieller Gegner der Völkerbundsfrage. Wenn der Völkerbund das Ideal ist, als das man ihn mit wunderbarer Phrasologie hingestellt hat, dann braucht die Schweiz keine Angst zu haben, auch wenn sie nicht eintritt. Es handelt sich nicht um einen Völkerbund, sondern um eine Allianz von Staaten, die bestimmte politische und territoriale Ziele verfolgen. Unser Einfluß nach außen ist heute schon auf den Nullpunkt gesunken. Im Völkerbund treibt das Land als Spielball der Mächte rechtungslos der fremdwirtschaftlichen Auflösung entgegen.

Zürcher, Zürich (frei.), begründet folgenden Antrag: 1. Auf die Vorlage des Bundesrates betreffend den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund wird zur Zeit nicht eingetreten. 2. Der Bundesrat wird ersucht, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit: a) unsere militärische Neutralität in einem Zusatzprotokoll zum Völkerbundsvertrag oder in ähnlicher Weise klar und bestimmt anerkannt bleibe; b) in gleicher Weise die Teilnahme der Schweiz an den vorkommendenfalls angeordneten wirtschaftlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen beschränkt werde auf ihre Verpflichtung, die nötigen Anordnungen zu treffen, daß ihre neutrale Stellung nicht mißbraucht werde, die bezeichneten Maßnahmen unwirksam zu machen; c) die Neutralität Savoyens und die wirtschaftlichen Nachbarverhältnisse zwischen Genf und Frankreich in Anbetracht der Stellung Genfs als Hauptstadt des Völkerbundes unsern Beitritt zum Völkerbund vorgängig neu geordnet und alsdann unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werde; d) hergestellt wird, daß die Bestimmungen des Wiener Kongresses zu Gunsten der Schweiz wieder aufleben sollen gegenüber denjenigen Staaten, die aus dem Völkerbund austreten.

Berlier, Waadt (frei.), erklärt, namens der radikalen Waadtländer seine Zustimmung zum Beitritt.

Gelpke, Basel, interpelliert den Bundesrat in der Vorarlberger Anschlussfrage im Sinne der Förderung und Vorbereitung, sowie über die fortschreitende Ernährungsalamittel.

Freiburghaus, Bern, interpelliert wegen der Maul- und Klauenseuche. Schluß der Sitzung 1 Uhr. Dienstag Fortsetzung.

Zur Regelung der Zonenfrage.

Bern, 11. Nov. ag. Die nationalräthliche Kommission für die Regelung der Zonenfrage betreffend Savoyen stimmt mehrheitlich dem Bundesratsentwurf für Genehmigung des Abkommens mit Frankreich zu. Doch soll Ziffer 4 der Vorlage folgende Fassung erhalten: die Feststellung seitens der hohen Vertragschließenden Mächte, daß es Sache Frankreichs und der Schweiz ist, in beiderseitigem Einverständnis der Verhältnisse der freien Zonen Hochsavoyens und des Pays de Veg in der diesen beiden Staaten zukommenden Weise zu ordnen.

Die Minderheit der Kommission (Gelpke, Basel, und Prof. Zürcher, Zürich) beantragen Nichteintreten auf den Bundesratsentwurf.

Verantwortliche Redaktion: Josef Baughard.

Nachdruck, wolle man sich nicht anregend ist Farrer Müller's „Siroo Comple“ in Paris mit Aufdruck „Friedensqualität“.

Gesamtergebnis

über 1919.

Wien (alt)	5.60
Wien (neu)	5.05
Frankfurt	10.90
Wien	45.65
Wien	128.65
Wien	124.50
Wien	116.—
Wien	15.—



Abonnement... 12 Monate 5 Monate 4 Monate... Preis: Fr. 17.70, Fr. 9.—, Fr. 5.—

Redaktions- und Verlagsanstalt

Borarlberg und...

Dem „Bund“ (Nr. 480) aus Wregenz gemeldet: Bergs trafen wegen der Verhandlungen über den Wasserfracht und der...

Die deutsch-österreichische der Abhandlung. Sie wert Erklärung, daß sie nicht...

Das Volk ist niedergebri... es infolge der immer bei Entbehrungen, jede Energie wächst die Gefahr, daß es...

Nicht nur vom Standp... fest, sondern vom sch... Standpunkt aus, verlangt vom Bundesrat endlich ein...

Nicht Anführerhandl... Volk vom Bundesrat, für aber eine entschiedene Akt...

Zur Geschichte der... insonderheit ihrer Formen... Bon Prof. Dr. Fr...

Allein, während der... treulich und im wahrsten die täglich sich begebenden...

Möbelwerkstätten Peter Brügger, Freiburg. Anfertigung gediegener Aussteuern. Komplette Wohnungseinrichtungen. Reichhaltiges Möbelmagazin Stalden 7. Teleph. 227

Gesucht ein zuverlässiger Metzger, auf Weihnachten, zu mittlerem Viehstand. Sich zu wenden unter P7034 an Publicitas A. G., Freiburg. 3030

Gesucht ein angelegter Küher zu mittlerem Viehstand. Eintritt auf Weihnachten, bei Jakob Häser, 3027 Stühli, Grotz-Platz, Freiburg.

Gesucht auf Ende November oder später, eine Kranken-Pfegerin wenn möglich diplomiert, beider Sprachen mächtig, zum Besuche zu Hause von Kranken. Offerten unter Chiffre P8028 an Publicitas A. G., Freiburg. 3046

Woll-Jaquette-Ausverkauf in allen Farben Frau Masi-Weber Peroldstrasse 10 FREIBURG

KASTANIEN Ankerl 15 Rg. à Fr. 10 netto. Steiner & Chopard, Schaff. Logo: VESTI-METAL-MR 1° Lötzinn ZÜRICH

Leihen-Transporte nach allen Ländern. A. MURITH Genf-Freiburg. Sargfabrik Universitätsstrasse. Telefon 3 69. Kränze und Blumen Lausannegasse 48, Tel. 1.48.

Kochherde mit Ofenheizung Back- und Dörröfen bei ERLEBACH mech. Schlosserei FREIBURG, Beauregard.

BILLIGE TAPETEN Grosses Lager bei: BOPP Möbelhandlung 8, Schiltgasse 8, FREIBURG neben der Volksbank.

Welch edler Herr oder Dame würde einem intelligenten Kaufmann 5000 Fr. in ein sehr rentables Geschäft einlegen, mit 10 % Zins, für 2 Jahre fest, mit pünktlicher Rückzahlung, zur Vergrößerung des Geschäftes. Man wende sich unter P8010F an Publicitas A. G., Freiburg. 3039

Das „Grüne Wasser“ Die Eisensteinen-Abtri der „Magers Ju“ bereitet in der Welt selbst, die gegradet ist im Jahre 1259 ein Elixir von vortrefflichem Geschmack... Zusammengesetzt aus den ausgelesensten Pflanzen, die nach wohlüberlegten und lang erprobten Verhältnissen...

Durch kleine Anzeigen in den „Freiburger Nachrichten“ erspart man Zeit, Mühe und Kummer. Nachfragen aller Art dienen jedermann.

Futter Siral Beste Schuherème Blaue Tessiner Talferhosen 5 Rg. Risse Fr. 5.75 franco. Morganti & Cie., Lugano.

Maul- & Klauenseuche Sperre Bis heute greift für den Genesebzirk die Infektionszone in sich: Die Gemeinden Dödingen, Bödingen, Wännemil und die Ortsgast Großried (Ueberstorf). Die Grenze dieser Zone wird gebildet von der sog. Bernstraße, von Kastels bis Flammatt; für Großried gilt die Linie Dittschhäusern, Blaffhäusern, Niedern, Geretsried mit der Straße Ueberstorf-Flammatt als westliche Grenze (diese Straße und diese Ortsgaststätten ausgenommen).

Es ist strengstens verboten, diese Grenze zu Fuß oder per Fuhrwerk ohne Bewilligung zu überschreiten. Zur Bahnexpedition können von den Ortsgaststätten südöstlich von der Bernstraße nur die Bahnhöfe Freiburg und Flammatt benützt werden. 3044. Laferl, den 10. November 1919. Der Oberamtmann: J. Poffet.

Die Schalter der Freiburger Staatsbank bleiben Donnerstag, den 13. November wegen Lokalkreinigung geschlossen. 3043 Die Direktion.

Café zur Schützenmatte Der Unterzeichnete hat die Ehre, der geehrten Kundschaft, sowie einem weiteren Publikum anzukündigen, daß er obiges Café übernommen hat. 3042 Gute Speisen und Getränke. Grosser Saal für Gesellschaften. Es empfiehlt sich G. Ding-Söll, Hotelier.

Brennholzankauf Das Amt für Holzversorgung der Stadt Freiburg ist stets Käufer von Brennholz (Klafter und Webeln). Offerten sind an den Unterzeichneten zu richten. 2068 B. Gendre, Oberförster.

Das fleissige Hausmütterchen Ein Führer durch das praktische Leben für Frauen und erwachsene Töchter von Susanna Müller. Mit 4 Runddrucktafeln und 375 in den Text gedruckten Abbildungen, davon 270 für Handarbeiten und Schneiderei. 19 durchgehende und bezaehnte Auflage. Gleichgültig ausführliches Kochbuch für den Selbstkocher, sowie Kochlisten jeder Art. Preis Fr. 15. Zu beziehen in der Katholischen Buchhandlung, St. Nikolausplatz 180, Freiburg.

Anzeige an die Gläubiger Der Friedensrichter von Freiburg ladet alle Personen, welche Guthaben an die Erbschaft von Jean Ferdinand, Schiffverleger, Kartonnagenarbeiter, Klein St. Johannes-Platz, gestorben den 28. Oktober 1919, geltend zu machen haben, ein, sich in der Frist von 30 Tagen, d. i. bis am 5. Dezember nächsthin, anzumelden. Die Schuldner werden auch gebeten, sich in der gleichen Frist anzumelden. 3015 Freiburg, den 5. November 1919. Der Friedensrichter: Duman.

Der Dreihigste für die Seelenruhe der verstorbenen Frau Josephine Jossa-Ruffieux findet statt Donnerstag, den 13. November, in der Pfarrkirche zu Seltentrieb. R. I. P.

Der Jahrestgottesdienst für die Seelenruhe der verstorbenen Frau Elise Nösberger-Gauderon findet statt Freitag, den 14. November, um 8 Uhr, in der Pfarrkirche zu St. Antoni. Leo Nösberger-Gauderon. R. I. P.

Der Jahrestgottesdienst für die Seelenruhe der verstorbenen Frau Christina Kößinger geb. Birbaum, von Wolgast findet Donnerstag, den 13. November 1919, um 8 Uhr morgens, in der Pfarrkirche zu Alterswil statt. R. I. P.

Verkauf von Militärschuhen im Zeughaus von Freiburg Jeder Schweizerbürger, welcher im Kanton Freiburg wohnt, kann gegen Vorweisung seines Dienstbüchleins, im Zeughaus Militärschuhe kaufen. Er kann, jedenfalls nur 1 Paar von jeder Sorten kaufen. Diese Schuhe werden zu nachfolgenden Preisen verkauft:

Table with 3 columns: Schuh-Sorte, Preis, Stück. An Militär, an die Hülfspflüchtigen, welche während dem Krieg Dienst geleistet haben, an die militarisirten Eisenbahner an die andern Schweizerbürger

Der Verkauf beginnt am 10. November und endigt am 31. Dezember 1919. Die Käufer können sich persönlich mit ihren Dienstbüchlein versehen, ins Zeughaus begeben, oder Dritte für den Kauf beauftragen. Sie können ihre Bestellung auch schriftlich einreichen, mit Angabe der Größennummer welche man wünscht, sowie mit Zusendung ihres Dienstbüchleins. Der Verkauf ist gegen Barzahlung. Die schriftlichen bestellten Schuhe werden per Nachnahme unter Berechnung des Schuhspreises und der Portospesen, angeliefert. Die Militär, welche schon ein neues Paar Schuhe gekauft haben, können keine mehr erhalten. Das Zeughaus besitzt Schuhe, nur in den folgenden Größennummern: Marsch-Schuhe: Nr. 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48. Berg-Schuhe: Nr. 37, 38, 45, 46, 47, 48. Stiefel: in allen Nummern. Es ist ganz unnütz, Schuhe in andern Größennummern zu verlangen. Es hat keine Quartierschuhe mehr. Freiburg, den 5. November 1919. 3001 Der Militärdirektor: St. Wunderweib.

Tuchfabrik Sennwald liefert direkt an Privats gediegene Herren- & Damenstoffe, Strumpfwollen und Decken. Annahme von alten Wollschachen. — Muster franko. 682 Aebi & Zinell in Sennwald (Kt. St. Gallen).